



3.110 Verbotsverfahren gegen die gesichert rechtsextreme AfD - jetzt!

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung Mai 2025

Der BDKJ fordert die zuständigen politischen und staatlichen Stellen - namentlich Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat - dazu auf, ein Verfahren zum Verbot der gesichert rechtsextremen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz und §§ 43 ff. BVerfGG einzuleiten.

Der BDKJ Bundesvorstand wird beauftragt, sich auch im ZdK und mit anderen Netzwerkpartner*innen hierfür einzusetzen und den bereits bestehenden Beschluss im DBJR zum AfD-Verbotsverfahren zu unterstützen.

Mit dieser Forderung erweitern wir unseren Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie. Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“ der BDKJ-Hauptversammlung 2024.¹

¹ https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.99_Aus_christlicher-UEberzeugung_fuer_Demokratie.pdf